



## Digitale Teilhabe für alle Verbraucher:innen ermöglichen

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

### 1. Digitale Teilhabe sichern und Medienkompetenz stärken

Forderungen:

- Die Landesregierung sorgt für ein breites Angebot an Informations- und Bildungsmaßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz.
- Digitale Bildung wird verpflichtender und prüfungsrelevanter Bestandteil des Schulunterrichts.
- Der Zugang zu mobilem Internet wird für Empfänger:innen von Arbeitslosengeld II Teil der Regelleistung.

Begründung: Digitale Teilhabe ist heute eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilnahme – vergleichbar mit Strom oder Wasser. Dennoch stoßen viele Menschen auf Hürden: unzureichendes Internet, fehlende Geräte oder mangelnde Medienkompetenz. Besonders vulnerable Gruppen, wie Eltern und Kinder, Menschen mit geringerer Bildung sowie ältere Senior:innen sind betroffen, was zu Bildungsdefiziten, Suchtgefahren, digitaler Abhängigkeit und erhöhter Anfälligkeit für Online-Betrug und Desinformation führt. Digitale Bildung muss daher unabhängig vom Einkommen möglich sein und gezielt gefördert werden – etwa durch verbindliche Medienbildung in Schulen. Nur so kann eine gerechte und sichere digitale Zukunft für alle Menschen in Rheinland-Pfalz gewährleistet werden.

---

### 2. Breitbandausbau vorantreiben und Verbraucherrechte stärken

Forderungen:

- Die Landesregierung treibt den flächendeckenden Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz zügig voran.
- Sie setzt sich für die konsequente Durchsetzung von Gewährleistungsrechten bei unzureichender Internetgeschwindigkeit ein.

Begründung: In vielen ländlichen Regionen ist der Breitbandausbau noch unzureichend. Dabei sind stabile Internetverbindungen heute essenziell für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe. Zwar gibt es mit dem Telekommunikationsgesetz erstmals spezielle Gewährleistungsrechte, doch die praktische Durchsetzung ist schwierig: Die Nutzung des Messtools der Bundesnetzagentur ist für viele Verbraucher:innen zu kompliziert, und Anbieter versuchen oft, berechtigte Regressforderungen kleinzurechnen. Ein verbraucherfreundlicher Zugang zu rechtlichen Ansprüchen – etwa durch digitale Hilfsmittel wie das Legal Tech Tool der Verbraucherzentrale – muss unterstützt und ausgebaut werden.

